

In der Warteschleife

Neue Regierung in Bangladesch ist 100 Tage im Amt – kann aber noch nicht viel vorweisen

Thomas Berger

Am 7. Januar hat Sheikh Hasina Wajed, Tochter des Nationalhelden Mujibur Rahman, einmal mehr ihr Amt als Premierministerin von Bangladesch angetreten. Die Wahl von 29. Dezember nach zwei Jahren vom Militär gestützter, umstrittener Übergangsverwaltung wurden angesichts ihres eindeutigen Ausgangs von vielen als Anbruch einer neuen Ära bezeichnet. Doch noch warten die Bürger darauf, dass sich spürbar etwas bewegt.

Wer Hasina kaufen will, muss seine Schritte nur in eine Seitenstraße der belebten Purana Paltan lenken. Sogar mehrere Geschäfte gibt es hier, vor denen die Regierungschefin gleich mehrfach vertreten ist. Ein großes Porträt für eine Halle, ein kleineres für Amtsstube oder Wohnzimmer, hier ist alles zu haben. Und der lebendige Personenkult um die Frau an der Spitze der Politik straft all jene Lügen, die meinten, die so genannte "Minus-Zwei-Option" würde die Lösung der zentralen Probleme bringen. Weder hatte die Interimsadministration Hasina von künftigen Ämtern ausschließen können, noch ist es ihr mit der Gegenspielerin, Oppositionsführerin Begum Khaleda Zia, gelungen. Beide schwimmen wieder obenauf.

Direkt an der Purana Paltan, etwas abseits des Bankenviertels von Mohitjeel, sitzen auf dem Bürgersteig mehrere alte Frauen. Teils mit gesenktem Haupt, teils mit flehendem Blick betteln die grauen, spindeldürren Gestalten die Passanten um ein paar Münzen an. Die Armut in Dhaka mag nicht ganz so schreiend daherkommen wie in vergleichbaren indischen Großstädten, doch es gibt sie. Und die Preisspirale des vergangenen Jahres bei etlichen Waren des täglichen Bedarfs, die seither eben nicht wieder spürbar billiger geworden sind, hat für etliche

neue Arme gesorgt. Grundnahrungsmittel wieder bezahlbar zu machen, gehört deshalb zu den zentralen Erwartungen der Bürger an die neue Regierung.

Hasan Tarique Chowdhury ist Leiter der Internationalen Abteilung der Kommunistischen Partei (CPB) und Koordinator ihres Zentralkomitees. Ein dynamisch wirkender Mann von 36, der einst Studentenfürher war. Der Sitz der CPB befindet sich hier in der Purana Paltan, ein mehrgeschossiger Bau, der neben Geschäften auch das Parteibüro und den Buchladen der Kommunisten beherbergt. Ein gut zehn Quadratmeter großer Raum, der neben den vollen Regalen auch durch etliche Bilder an der rückwärtigen Wand geprägt ist: Marx, Engels, Che Guevara, Einstein und Moni Singh, der langjährige Parteichef.

Die CPB ist eine von ganz wenigen politischen Gruppen, die sich keinem der beiden dominanten Lager zugehörig fühlen, weder der regierenden Grand Alliance von Hasinas *Awami League* (AL) noch dem Bündnis der rechtskonservativen *Bangladesh Nationalist Party* (BNP) Khaleda Zias. "Was wir brauchen, ist ein Ende dieser Bipolarität", sagt Hasan, "eine echte Alternative." Diese war bereits auf den Weg gebracht, doch kurz vor

den Wahlen brach das von den Linken geschmiedete Bündnis auseinander, weil sich mehrere Mitglieder plötzlich der *Grand Alliance* anschlossen. Die *Democratic Front* ist ganz zum Erliegen gekommen, von der Linksfrente sind immerhin die wichtigsten Partner bei der Stange geblieben. Anders als einige der "Überläufer" sitzt die CPB nun nicht im Parlament, kann aber damit leben: "Wir sind nicht bereit, dafür unsere Prinzipien zu verkaufen", wie Hasan Tarique Chowdhury betont.

Dass der Dauerkonflikt der beiden Begums Bangladesch über zwei Jahrzehnte gelähmt hat, wissen selbst jene, die entweder Hasina oder Khaleda Zia die Treue halten. Wer immer in der Opposition war, hat versucht, der Gegenseite das Regieren unmöglich zu machen. Doch selbst ernsthafte Versuche zu Problemlösungen habe es nicht gegeben, monieren Kritiker wie Hasan. Die BNP habe den radikalen Islamismus erst politisch hoffähig gemacht, doch auch die AL habe während ihrer ersten Regierungsspanne nichts unternommen, um gegen die Fundamentalisten vorzugehen. "Später hat es dann nicht nur die zeitgleichen Anschläge in 63 der 64 Distrikte gegeben, sondern auch Attacken auf kulturelle Veranstaltungen sowie Kundgebungen von uns oder der AL", macht der CPB-Vertreter deutlich.

Militärrevolte

Am 25. Februar erschütterte die Revolte der Grenztruppen (BDR) das Land, das sich gerade in bester Aufbruchstimmung wähnte. 35 Stunden dauerte das tragische Ereignis, das 75 Menschen unmittelbar das Leben kostete und als nationales Trauma fortwirkt. Alle kommandierenden Offiziere der Einheit wurden von den Aufständischen getötet, der größte Schlag seit der Unabhängigkeit für die Armee, die seit jeher die Führung der paramilitärischen Truppe stellt. Wut und Verzweiflung sitzen so tief, dass selbst ein in England lebender Anwalt in einem Gastbeitrag für ein Politikmagazin forderte, die Schuldigen hinzurichten, "obwohl ich mich bisher immer gegen die Todesstrafe engagiert habe".

Erst, als Hasina Panzer auffahren ließ, gaben die Anführer der Revolte auf, und während nach und nach das ganze Ausmaß der Tragödie offensichtlich wurde, setzten sich etliche beteiligte BDR-Mitglieder durch Flucht ab. Inzwischen sind aber bereits insgesamt 693 Männer in Haft, die jetzt auf ihre Anklage warten. Wieweit dies vor einem Militärtribunal oder einem Zivilgericht erfolgt, ist immer noch nicht endgültig entschieden. Während Menschenrechtsgruppen vor einem Militärgericht warnen, neigt die Regierung eher dieser Variante zu, die nach Ansicht von Experten auch durch die Verfassung gedeckt ist. Denn obgleich die BDR ja nicht formell zur Armee gehört, handelt es sich doch um eine "bewaffnete disziplinierte Truppe" in diesem Sinne.

Wie genau es zu der Revolte kam, gibt nach wie vor Rätsel auf. Handelsminister Faruk Khan, ein ehemaliger Offizier, der von der Regierung als Koordinator für die drei Untersuchungsgremien und zuletzt auch Verantwortlichen für die Umstrukturierung der Grenztruppen ernannt wurde, wird nicht müde, auf "mili-

tante Elemente" zu verweisen. Welche der radikalislamischen Gruppierungen genau ihre Finger im Spiel hatte, wollen die Ermittler aber noch nicht verraten – wenn sie es denn selbst schon wissen. Dass die Regierung Expertenteams von *Scotland Yard* und gleich zwei von der US-Bundespolizei FBI hinzugezogen hat, spricht dafür, dass die Aufklärung noch länger dauern könnte.

Gleichwohl wird der religiös motivierte Terrorismus zunehmend zu einem echten Problem im Land. Im Distrikt Bhola wurde zwei Tage vor dem Nationalfeiertag ein Waffenlager in einer Madrassa ausgehoben. Drei der dabei verhafteten vier jungen Männer haben sich inzwischen anscheinend als unschuldig herausgestellt, auch wenn weitere Ermittlungen laufen. Moulana Mohammad Russel (27), Lehrer der Koranschule, ist nach wie vor in Haft, während die Fahndung nach einem weiteren Beteiligten läuft. Faisal Mostofa, Neffe eines früheren BNP-Ministers, hatte 23 Jahre in London gelebt und vor zwei Monaten, nach seiner Rückkehr in die Heimat, die Madrassa gegründet. Dort stellten die Sicherheitskräfte diverse Schusswaffen, Munition sowie Zubehör zum Bau von Sprengsätzen und radikalislamische Literatur sicher. Auch wenn die Politik den erfolgreichen Schlag gegen die fundamentalistischen Netzwerke bejubelt, weiß über deren Stärke insgesamt niemand Genaues.

Herausforderungen

Zumindest in Sachen Frauenförderung hat sich etwas getan, räumt selbst Regierungskritiker Hasan Tarique Chowdhury ein. Das Außen- und das Innenministerium als zentrale Ressorts fest in Frauenhand – das ist schon ein Novum, und generell wurden bei der Aufstellung des Kabinetts etliche AL-Größen diesmal ausgelassen. Der CPB-Funktionär will dies aber weniger Hasina als der Wahlkommission und der Inte-

rimsregierung als Erfolge zuschreiben, denn nach den Antikorruptionsermittlungen gegen die alte Elite habe auch die AL bei der Postenvergabe auf ihr Image achten müssen. "Zudem sind das keine ganz neuen Gesichter, sondern Leute aus der bisher zweiten Reihe."

Die beiden herausragenden Frauen im Kabinett stehen vor besonderen Herausforderungen. Während die Innenministerin mit der BDR-Krise zu tun hat, reiste Außenamtsleiterin Dipu Moni nach Kuala Lumpur, um mit Malaysias Regierung zu verhandeln: Das südostasiatische Land will wegen der Auswirkungen der globalen Wirtschaftskrise nur noch ganz wenig ausländische Gastarbeiter ins Land lassen, was die Bangladeshis besonders trifft. Schätzungsweise 25000, die schon im Besitz eines ausgestellten Visums waren, dürfen zunächst nicht einreisen.

Arbeit, das ist generell ein heißes Eisen. "Wir haben viele gut ausgebildete junge Leute, aber zu wenig Möglichkeiten, wo sie sich einbringen können", sagt auf der Busfahrt von Dhaka nach Chittagong ein Endvierziger. Noman ist Commander bei der *Navy*, hat jetzt einen Posten in Hauptstadt, war aber auch schon mit Blauhelmissionen beispielsweise im Sudan. "In den Städten sieht es vielleicht noch gut aus, aber auf dem Land ist die Situation teilweise katastrophal", sagt der Offizier – der selbst aus einem Dorf stammt und damit weiß, wovon er spricht. Noch zehrt die Regierung Hasinas von den Vorschulberbeeren, doch ewig halten die nicht, bis Frustration einsetzt. Ein jetzt angekündigtes neues Kinderrechtsgesetz in Erweiterung der 1974 verabschiedeten Vorschriften scheint ein Schritt, bei dem durchaus auch die linken Kritiker mitziehen dürften, und auch hinsichtlich neuer Arbeitsplätze sind konkrete Maßnahmen angekündigt.